

**DIE ARBEIT
DER ZUKUNFT
GESTALTEN WIR!
1. MAI 2015**

Sabine Zach
**Rede zum
1. Mai 2015**

125 Jahre 1. Mai

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist unser Tag der Arbeit.

Wir stehen in Solidarität für die Rechte der arbeitenden Menschen ein.

Dazu demonstrieren wir heute unter dem Motto „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“

Wir stehen damit in einer 125-jährigen Tradition der Gewerkschaftsbewegung.

Vor 125 Jahren, am 1. Mai 1890, versammelten sich Arbeiterinnen und Arbeiter zum ersten Mal, um international für den Acht-Stunden-Tag zu kämpfen.

In den 125 Jahren 1. Mai konnten die Gewerkschaften viele hart umkämpfte Errungenschaften durchsetzen.

Dazu gehört, dass wir hier heute stehen demonstrieren können ohne verfolgt zu werden.

Dazu gehört, dass der Betrieb kein demokratiefreier Raum mehr ist.

Und dazu gehört: Wir haben Deutschland vor der größten Krise bewahrt.

Zentrale Erfolge des letzten Jahres

Kolleginnen und Kollegen,

in unsere positive Bilanz des letzten Jahres gehört zu allererst der Mindestlohn.

Dies ist eine historische Reform!

Dies ist ein Erfolg für den DGB, seine Gewerkschaften, für uns alle!

Die Arbeitgeber blasen inzwischen zum Generalangriff gegen den Mindestlohn.

Sie wollen sich nicht an Recht und Gesetz halten.

Deshalb nennen sie den Mindestlohn ein Bürokratiemonster.
Doch der Mindestlohn muss für alle gelten.
Kein Lohn unter 8,50 Euro in der Stunde!
Hier gilt für uns: Mindestlohn – dran bleiben!

Mehr Mitglieder das bedeutet mehr Beschäftigte können jetzt auch durch Tarifverträge geschützt werden. Das sichert ein faires Einkommen.

Die Tarifrunden sind in diesem Jahr zahlreich – die IG Metall hat in der M + E 3,4% erreicht und einen neuen TV FlexÜ und TV Bildung. Die ver.di streitet gerade an vielen Fronten in Kitas, Krankenhäusern und im öffentlichen Dienst. Im KFZ und Elektro Handwerk haben die Verhandlungen begonnen und bei Holz Kunststoff wird es im Herbst eine neue Tarifrunde geben.

Auch in der gesetzlichen Rentenversicherung ist Schluss mit den Nullrunden.

Die Rente mit 63 ist erreicht – und das ist auch gut so!
Denn es ist nur anständig und gerecht, wenn nach 45 Jahren harter Arbeit die Rente ohne Abschläge ausgezahlt wird!
Und dass bei den Erwerbsminderungsrenten jetzt was oben drauf kommt, reicht uns zwar noch nicht. Aber das ist in einem Jahr schon viel mehr gegen Armutsrenten als die vorherige Regierung in der ganzen Legislatur hinbekommen hat!

Bund, Länder und die Wirtschaft setzen sich jetzt endlich mit uns in der Allianz für Aus- und Weiterbildung zusammen
manchmal müssen wir die Verantwortlichen massiv mit ihrer eigenen düsteren Zukunft bedrohen. Wir wollen für jeden jungen Menschen eine zukunftsfähige Ausbildung als Start ins Leben!

Da werden wir dranbleiben!

Kolleginnen und Kollegen,

Doch wir wollen mehr!

Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss beendet werden.

In der letzten Woche hat BMW erklärt das sie nur noch mit tarifgebundenen Betrieben Werkverträge abschließen. Dort sind an allen Standorten in Deutschland mehr als 3000 Arbeitnehmer beschäftigt, mit Porsche ist man aktuell im Gespräch.

Wir wollen und wir brauchen mehr Mitbestimmung!

Wir wollen und brauchen gerechtere Entgelte!

Das Sparen an der Infrastruktur, beispielsweise an Straßen und Bildung, kann nicht so weitergehen.

Die Energiewende muss endlich aufs richtige Gleis gesetzt werden.

Wir wollen ein würdiges Leben im Alter.

Rente muss zum Leben reichen.

Und wir brauchen ein funktionierendes Pflege- und Gesundheitssystem.

Die Wirtschaft hat in den Kampfmodus gegen den Mindestlohn geschaltet.

Hier darf die Bundesregierung nicht nachgeben.

Denn sonst wird Missbrauch und Willkür Tür und Tor geöffnet.

Dazu sagen wir entschieden Nein!

Schwerpunktthemen

Arbeit der Zukunft

Mindestlohn

Kolleginnen und Kollegen,

der flächendeckende Mindestlohn ist endlich Gesetz.

Das ist ein Erfolg der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder. 3,7 Millionen Beschäftigte werden davon profitieren. Sie wurden bisher mit Dumpinglöhnen unter 8,50 Euro abgespeist.

Die Umgehungsstrategien mancher Arbeitgeber kennen keine Grenzen, wenn es darum geht, die Beschäftigten um den Mindestlohn zu prellen.

Was die Kolleginnen und Kollegen berichten, ist haarsträubend:

Es wird von Arbeitgebern behauptet, für bestimmte Tätigkeiten gäbe es keinen Mindestlohn.

Es wird die Arbeitszeit reduziert, so dass der Lohn gleich bleibt, die Arbeit aber in weniger Zeit geschafft werden muss.

Es werden Zuschläge, Weihnachts- und Urlaubsgeld plötzlich in den Grundlohn eingerechnet.

Es werden die Urlaubstage reduziert.

Aus Arbeitsverhältnissen werden plötzlich Praktika.

Es werden Warte- und Bereitschaftszeiten nicht mehr bezahlt.

Kolleginnen und Kollegen,

aus alledem lässt sich nur ein Schluss ziehen:

Damit der Mindestlohn auch wirklich bei allen ankommt, brauchen wir weitere begleitende Maßnahmen.

Aber auch der Politik gegenüber müssen wir weiterhin deutlich machen das der Mindestlohn bleibt.

Wir fordern:

Nicht mehr der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber soll darlegen, welche Stunden tatsächlich gearbeitet wurden.

Auch die Gewerkschaften sollen ein Recht haben, bei Missachtung des Mindestlohns zu klagen.

So können wir Druck von den einzelnen Beschäftigten wegnehmen.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Bekämpfung der Schwarzarbeit müssen verbessert werden.

Weitere Branchen müssen in das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz aufgenommen werden.

So das Bäckerhandwerk und der Einzelhandel.

Menschen, die auf Defizite in den Betrieben hinweisen, müssen besser geschützt werden.

Arbeitgeber sollen nicht mehr einfach Arbeitsverträge ändern dürfen wie es ihnen gefällt.

Das Steuerrecht muss den Aufwand für Ehrenamtliche besser berücksichtigen.

Die Strafverfolgung bei Verstößen gegen den Mindestlohn soll effektiver gemacht werden.

Die Rentenversicherung soll die Sozialabgaben schärfer prüfen.

Die Arbeitgeber müssen gleich merken, dass Missbrauch auch geahndet wird.

Deshalb sagen wir: Mindestlohn – dran bleiben!

Eindämmung prekäre Beschäftigung / Arbeitslosigkeit

Minijobs

Kolleginnen und Kollegen,
ganz deutlich wird das bei den Minijobs.

Minijob bedeutet vor allem Niedriglohn, Altersarmut und dass systematisch Arbeitnehmerrechte vorenthalten werden.

7,5 Millionen Menschen arbeiten im Minijob, davon 5 Millionen als einzige Beschäftigung.

Sie können maximal 450 Euro im Monat verdienen.

Ein Viertel verfügt über keinen schriftlichen Arbeitsvertrag.

Weniger als ein Viertel erhält bezahlte Pausenzeiten, bezahlten Urlaub oder Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.

Über den Minijob hinausgehende Arbeitszeiten werden schwarz bezahlt.

Sozialversicherungsbeiträge werden oft vom Lohn einbehalten

Das zeigt, wer wirklich von den Minijobs profitiert.

Hier muss sich dringend etwas ändern.

Der DGB hat ein einfaches und transparentes Reformmodell erarbeitet.

Doch die große Koalition drückt sich vor einer klaren Regelung.

Leiharbeit

Noch immer gibt es über 800.000 Leiharbeiter.

Die Leiharbeit ist immer noch ein extremer Niedriglohnsektor mit 30 Prozent niedrigeren Löhnen.

Erste deutliche Verbesserungen haben wir über die Tarifarbeit erreicht, insbesondere in der IGM.

Doch es darf keine Beschäftigten zweiter Klasse geben.

Hier brauchen wir eine gesetzliche Regelung.

Unser Ziel heißt weiterhin: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Werkverträge

Wir wollen, dass der Missbrauch von Werkverträgen endgültig unterbunden wird.

Insbesondere gerade auch im Rahmen der europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

Werkverträge, die nur mit dem Ziel abgeschlossen werden, Billigarbeit zu organisieren, gehören verboten.

Die Bundesregierung plant, dass Kontrollen erleichtert und Vorschriften eindeutiger gefasst werden sollen.

Und Betriebsräte sollen ein Informationsrecht bekommen.

Das muss jetzt zügig umgesetzt werden!

Scheinselbständigkeit

Vor allem ausländische Beschäftigte werden oft als Scheinselbständige missbraucht.

Das trifft einfache Berufe, aber auch Höherqualifizierte.

Die Notsituation und die Unkenntnis der deutschen Verhältnisse werden systematisch ausgenutzt um sie auszubeuten und ihnen alle Risiken zuzuschieben.

Hier hat sich organisierte Kriminalität gebildet, die energisch bekämpft werden muss.

Wir wollen keine moderne Sklaverei in Europa!

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung

Durch illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Lohndumping gehen auch Millionen an Steuern und Abgaben verloren.

Und es entsteht unlautere Konkurrenz, die ehrliche Betriebe in Bedrängnis bringt.

Lohndumping, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung müssen noch entschiedener bekämpft werden.

Ohne effizientere Kontrollen und bessere Rahmenbedingungen wird das nicht gehen

Auch die EU muss sich hier bewegen: Wir wollen einen offenen Arbeitsmarkt, aber zu fairen Bedingungen.

Arbeitslosigkeit

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben zwar mit gut 42 Millionen Beschäftigten die höchste Quote seit Jahrzehnten.

Doch wir dürfen nicht vergessen, dass es auch weiterhin arbeitslose Menschen gibt, die Unterstützung brauchen.

Denn Arbeitslose profitieren von dem Boom nur wenig, Langzeitarbeitslose gar nicht.

Wer arbeitslos ist, muss eine bessere finanzielle Absicherung und mehr Unterstützung bekommen, nur so kann man

aus dem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und schlechter Arbeit herauskommen.

250.000 junge Menschen sind arbeitslos.
Auch wenn das im europaweiten Vergleich wenig ist, ist doch jede und jeder Einzelne zu viel.
Wir fordern deshalb für jede und jeden eine „zweite Chance“.

Wer von Hartz-IV lebt, muss an allem sparen.
Das sind 6 Millionen Menschen, darunter 1,6 Millionen Kinder.
Die Regelsätze für Hartz IV müssen endlich korrekt berechnet werden.
Vor allem die Familien mit Kindern brauchen Hilfe!

Digitalisierung/Zeit/Stress

Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeit mit moderner Technik verändert die Arbeitswelt.
Wir stehen vor großen Umbrüchen.
Aber das soll uns nicht Bange machen.
Wir gewinnen neue Spielräume und Chancen.
Für gute Arbeit oder die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf.

Die Technik entscheidet nicht über die Arbeit der Zukunft – das entscheiden die Menschen.
Deshalb brauchen wir mehr Beteiligung und mehr Mitbestimmung!
Deshalb brauchen wir mehr Bildung und Qualifizierung – Zeit und Geld!

Gleichstellung/Entgeltgleichheit

Kolleginnen und Kollegen,

es ist und bleibt eine Schande: Frauen verdienen in Deutschland in Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer. In keinem anderen Land ist die Entgeltlücke so groß. Wer die BESTEN will braucht Frauen! Doch wo Tarifverträge gelten und wo Betriebs- und Personalräte mitbestimmen, verringert sich die Entgeltlücke.

Wir brauchen faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Beruf.

Migration

Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland ist ein Einwanderungsland ohne eine Einwanderungspolitik.

Die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer kommen aus der Europäischen Union und nehmen ihr Recht auf Freizügigkeit in Anspruch.

Sie kommen aus Südeuropa – wegen der Krise.

Und aus Mittel- und Osteuropa - weil sie der Perspektivlosigkeit dort etwas entgegensetzen wollen.

Sie wollen für ihre Familien sorgen und ihr Leben verbessern und werden deshalb Opfer.

Deshalb brauchen sie unsere Unterstützung.

Kolleginnen und Kollegen,

aus der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa ist längst eine soziale Krise geworden.

Auf Druck der „Institutionen“: der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank sowie des Internationalen Währungsfonds und auch auf Druck Deutschlands werden europaweit sogenannte Reformen vorangetrieben.

Löhne und Arbeitnehmerrechte wurden gekappt.
Arme und hilfsbedürftige Menschen alleingelassen.
Kaufkraft und lokale Märkte zerstört.
Europa ist in Gefahr, in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale zu geraten.
Europa ist in einem erbärmlichen Zustand.

Die bisherige Anti-Krisen-Politik, die Bundesminister Schäuble und andere für so erfolgreich halten, hat kläglich versagt!

Soziale Sicherung

Rente

Kolleginnen und Kollegen,

mit dem neuen Rentenpaket haben wir viel erreicht.
Seit langer Zeit wurden wieder echte Leistungsverbesserungen beschlossen.
Davon profitieren rund 10 Millionen Versicherte.
Die Rente mit 63 verschafft wenigstens einem guten Teil derer Gerechtigkeit, die jahrelang eingezahlt haben.
Wir haben die Abwärtsspirale bei der sozialen Sicherung durchbrochen!

Aber das kann erst der Anfang sein.
Wir brauchen noch mehr passgenaue Lösungen für einen flexiblen und sozial abgesicherten Übergang in den Ruhestand.

Die Rente mit 67 lehnen wir nach wie vor ab.
Denn große Mehrheit hält nicht einmal bis 65 durch.
Und wir wollen auch nicht, dass es neue Normalität wird, über das Rentenalter hinaus weiterzuarbeiten.

Die Rente muss zum Leben reichen.
Dafür muss das Rentenniveau stimmen.

Das darf nicht immer weiter in den Keller gehen.
Millionen droht in Zukunft Altersarmut, wenn die Politik hier nicht endlich umsteuert und aufhört, die Reserven der Rentenversicherung zu verpulvern.
Der DGB hat dafür ein Modell vorgelegt.
Damit können auch dringend nötige Leistungsverbesserungen bezahlt werden.
Heute die Rente von morgen sichern – das geht!

Pflege

Kolleginnen und Kollegen,

Geiz ist nicht geil, wenn es um darum geht, wie Oma und Opa versorgt werden.
Deshalb ist es gut, dass die Leistungen für alle Pflegebedürftigen durch die Bundesregierung ausgebaut wurden.
Denn auch mit mittlerem und kleinem Einkommen muss man sich gute Pflege leisten können.
Pflege darf nicht arm machen!

Die Pflegeversicherung darf nicht nur bei körperlichen Gebrechen einspringen, sondern muss auch verwirrten älteren Menschen helfen.
Sonst bleibt es bei Flickschusterei.

Und wir haben immer noch zu wenig Pflegepersonal.
Wir sagen deshalb:
Die Länder und die Einrichtungen müssen mehr in Ausbildung investieren.
Und wir brauchen gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne in der Pflege!
Das gilt auch für diejenigen, die aus Osteuropa als mobile Pflegekräfte zu uns kommen.
Wir brauchen faire Mobilität!

Und wir wollen, dass der Wert der Arbeit in der Pflege endlich anerkannt wird!

Langfristige Finanzierung soziale Sicherungssysteme

Kolleginnen und Kollegen,

die „schwarze Null“ wurde von der Bundesregierung als großer Erfolg gefeiert.

Zugleich wird die Finanzierung von immer mehr Aufgaben, die aus Steuermitteln bezahlt werden müssten, an den Beitragszahler in den Sozialversicherungen weitergereicht. Der Beitragszahler wird zur Melkkuh gemacht. Die Mütterrente ist nur ein Beispiel. Die Beiträge der Arbeitgeber zu den Sozialversicherungen werden dagegen eingefroren oder zeitlich begrenzt.

Wir fordern deshalb:

Schluss mit dem Missbrauch der Beitragszahler.

Gesundheit und Pflege müssen gerecht finanziert werden - durch eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen halbe-halbe die Beiträge finanzieren.

Die Zusatzbeiträge gehören abgeschafft.

Wir wollen eine nachhaltige Finanzierung der Rente.

Dazu brauchen wir eine Erwerbstätigenversicherung für alle.

Wir wollen, dass die sozialen Sicherungssysteme endlich langfristig zukunftsfest gemacht werden!

Deutschland und Europa

Kolleginnen und Kollegen,
so kann es nicht weitergehen!

Mit der bisherigen falschen Krisenpolitik kommt Europa nicht aus der Krise.

Europa braucht einen Kurswechsel!

Wir brauchen Investitionen in Europa, statt weiterer Kürzungen.

Jetzt endlich hat die EU-Kommission einen Plan für ein Investitionsprogramm vorgelegt.

Doch das Programm ist zu klein und zu kompliziert.

DGB und EGB haben alternative Vorschläge gemacht.

Sie würden die notwendigen Investitionen bringen.

So kann Europa aus der Krise herauswachsen!

Privates Geld ist genug da.

Mit den Rettungspaketen hat der europäische Steuerzahler nicht die Menschen in Europa, sondern die Anleger gerettet.

Die Reichen haben bislang durch Spekulation viel zur Entstehung, aber wenig zur Bewältigung der Krise beigetragen.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Reichen sich einen schlanken Fuß machen,

wir aber die Zeche zahlen.

Es gibt Alternativen zur antisozialen Agenda in Europa!

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Wir wollen kein Europa des Kapitals!

Wir wollen ein soziales Europa, ein demokratisches Europa, ein Europa der Solidarität!

Kolleginnen und Kollegen,

auch in Deutschland spart der Staat zu viel und investiert zu wenig.

Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Schulen nicht saniert, Schwimmbäder geschlossen.

In vielen Gemeinden wird nur noch der Mangel verwaltet.

Wir brauchen deshalb mehr öffentliche Investitionen.

In Bildung, in Forschung, in Verkehrsinfrastruktur und in energetische Sanierung.

Wir wollen Investitionen in die Zukunft unserer Kinder!

Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Steuerlast.

T TIP

Kolleginnen und Kollegen,

das geplante Handelsabkommen TTIP wird uns fast keine Vorteile und viele Nachteile bringen. Es wird nur ein jährliches Mini-Wachstum erzeugen.

Nichts gegen gleiche Farben bei den Blinkern an den Autos in den USA und bei uns aber bei Chlor-Hühnchen hört es dann endgültig auf.

Bei TTIP geht es um die Verschärfung des Wettbewerbs auf beiden Seiten des Atlantiks.

Sicherheit, Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz kommen dabei unter die Räder.

So weigern sich die USA bis heute, die grundlegenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation anzuerkennen.

Kolleginnen und Kollegen,

hier geht es nicht um irgendein Kleingedrucktes.

Hier geht es um elementare Arbeitnehmer- und Menschenrechte.

Darum, dass keine Zwangs- und Kinderarbeit gibt oder wir uns zu Gewerkschaften zusammenschließen können.

Es kann nicht angehen, dass wir im Jahr 2015 in Europa ernsthaft über solche grundlegenden Rechte diskutieren müssen!

Und es geht noch weiter:

Die Sonderklagerechte für ausländische Investoren gegenüber den Staaten hebeln die Demokratie aus.

Ausländische Firmen können damit vor privaten Schiedsgerichten gegen Staaten in Europa klagen.
Dazu reicht aus, dass der Rubel nicht so rollt wie gedacht, weil Gesundheits- oder Umweltschutz im Weg stehen.
Dazu sagen wir entschieden Nein!

Wenn die USA und die EU an einem Tisch sitzen und über Handel sprechen, sollten sie deshalb lieber über fairen Welthandel reden.
Denn wir wollen, dass die Vorteile des Welthandels wirklich gerecht verteilt werden!

Flucht und Asyl

Kolleginnen und Kollegen,
in Deutschland müssen alle sicher und ohne Angst leben können.
Dies gehört zu den Fundamenten unseres Landes.
Doch Flüchtlinge werden in Deutschland in den letzten Monaten immer mehr eingeschüchtert und bedroht.

Weltweit gibt es mehr als 50 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene.
170 000 sind im letzten Jahr zu uns gekommen um Schutz zu suchen.
Viele von ihnen stammen aus Syrien, dem Land, in dem der selbsternannte Islamische Staat Angst und Schrecken verbreitet.

Wir Gewerkschaften kämpfen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und zeigen Flagge gegen die menschenverachtende rechte Ideologie.
Wir stehen zu unserer menschenrechtlichen Verpflichtung, Verfolgten Asyl zu gewähren!

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Kolleginnen und Kollegen,
wo Menschenrechte verachtet werden, stehen wir auf.
Für eine weltoffene, demokratische und bunte Gesellschaft.

Doch europaweit und in Deutschland nimmt der Rechtspopulismus zu.

Dagegen sind wir in den letzten Monaten bundesweit aktiv gewesen.
Durch große Anstrengungen vor Ort ist es gelungen, auf breiter Front öffentlich gegenzuhalten.
Dafür möchte ich allen, die sich beteiligt haben, ganz besonders herzlich danken.

Die menschenverachtende Ideologie von Rechtspopulisten und Rechtsextremen darf nicht auf fruchtbaren Boden fallen.
Deshalb brauchen wir eine Politik, die ein soziales und gerechtes Miteinander schafft.

Auch in Zukunft werden wir eindeutig Stellung beziehen:
Wir wehren uns gegen Rechtsextremismus und Nationalismus, gegen Rassismus und Intoleranz.
Keinen Fußbreit den Rechten!

Griechenland

Kolleginnen und Kollegen,
Griechenland hat auf Druck der Institutionen massiv gespart.
Das hat das Land in eine tiefe soziale Krise gestürzt.
Tarifverträge wurden eingeschränkt oder abgeschafft.
Freie Tarifverhandlungen und Mindestlohnbestimmungen wurden begrenzt.
27 Prozent sind arbeitslos.
Unter den Jugendlichen sind es 57 Prozent.
Mehr als 800.000 Menschen haben keine Krankenversicherung mehr.

Die Europäische Union muss ihren Kurs gegenüber Griechenland ändern.

Griechenland braucht weniger Spardiktat und eine europäische Investitionsoffensive, damit es wieder auf die Beine kommt.

Wir brauchen neue Verhandlungen auf Augenhöhe, damit Griechenland in der Eurozone verbleiben kann.

Wir alle müssen der griechischen Bevölkerung den Rücken stärken.

Die Jugendarbeitslosigkeit muss bekämpft werden.

Die vollen Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte müssen wieder hergestellt werden.

Die Lasten der Krise in Griechenland müssen neu verteilt werden.

Durch eine Vermögensabgabe oder durch das konsequente Verfolgen von Steuerhinterziehung und Korruption.

Nicht nur Europa steht in der Verantwortung für Griechenland, sondern auch die griechische Regierung für Europa. Wir brauchen deshalb endlich einen konstruktiven Dialog!

Wir brauchen gute und sichere Arbeit, Jugendbeschäftigung und Abbau von Diskriminierungen!

Schluss

Kolleginnen und Kollegen,

Wir setzen uns für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

Seit 125 Jahren, heute und morgen.

Der Mensch muss im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen.

Lasst uns zusammen streiten damit wir unser Ziel erreichen:

„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“